

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/207

Bonn, den 26. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Jetzt muß die Wahrheit gesagt werden</u>	82

Warum schweigt die Bundesregierung zu den Plänen de Gaulles ?

Von G. Markscheffel

2 - 4	<u>Ein Pyrrhussieg in Straßburg</u>	110
-------	-------------------------------------	-----

Europa-Parlament beugt sich dem EWG-Ministerrat

Von Egon Heinrich

4	<u>Vermögensbildung</u>	26
---	-------------------------	----

Das Echo auf sozialdemokratische Vorstellungen

5	<u>Auf dem Rücken von Chruschtschow</u>	48
---	---	----

Rotchinesische Aktivität in der Bundesrepublik

Von * *

+ + +

28. Oktober 1964

Jetzt muß die Wahrheit gesagt werden

Warum schweigt die Bundesregierung zu den Plänen de Gaulles?

Von G. Markscheffel

Die amerikanische Nachrichtenagentur JPI und andere Agenturen haben dieser Tage aus Paris gemeldet, die französische Regierung bereite eine "Alternative zur EWG" vor. Diese Nachricht ist richtig und falsch zugleich. Die französische Regierung trifft nämlich schon seit längerer Zeit Vorbereitungen zum Ausscheren aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und bereitet eine Alternative zur EWG nicht erst jetzt vor.

Paris hat eine klare Marschroute

Seit der Anerkennung Peking's durch de Gaulle, aber besonders, seitdem feststeht, daß China mit Hilfe einer eigenen Atombombe den Eintritt in die UNO zu erreichen hofft, ist die französische Mitarbeit in den europäischen Gemeinschaften immer zurückhaltender geworden. Parallel hierzu läuft das Bemühen Frankreichs, durch bilaterale Vereinbarungen mit den osteuropäischen kommunistisch regierten Staaten, aber auch mit den nordafrikanischen Staaten und einigen früheren Kolonien in West- und Zentralafrika die französische Wirtschaftsposition im Maßstab des Welthandels weiter auszubauen. Seit der Reise de Gaulles in die lateinamerikanischen Staaten und schon in der Vorbereitungszeit zu dieser Reise hat Frankreich - ohne Konsultation seiner Alliierten - eigene Wege zur Ausweitung seines Handels, sowie seines politischen Einflusses und damit zur Loslösung von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschritten.

Hinzu kommt das neue handelspolitische Abkommen Frankreichs mit der Sowjetunion, mit der Verlängerung der Kreditfristen von fünf auf siebeneinhalb bzw. auf zehn Jahre, ein Vorgang, der erstaunlicherweise von den EWG-Partnern Frankreichs ohne Kommentar zur Kenntnis genommen wurde.

Im Lichte dieser Tatsachen betrachtet, ist das jüngste französische Ultimatum an die Adresse der Bundesrepublik zur Angleichung des europäischen Getreidepreises tatsächlich nur ein Vorwand, um die anderen weltweiten wirtschaftspolitischen und auch politischen Aktivitäten Frankreichs mit um so größerer Intensität fortsetzen zu können. Die Alternativ-Pläne Frankreichs zur EWG, von denen die amerikanische Nachrichtenagentur JPI jetzt spricht, sind schon längst fertig und zum Teil schon in die Tat umgesetzt.

Bundesregierung ist im Bilde

Alle diese Vorgänge sind der Bundesregierung bekannt. Schon der frühere, jetzt in Rom amtierende deutsche Botschafter in Paris, Blankenhorn, hat kurz vor seinem Positionswechsel das Auswärtige Amt in Bonn auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht. Der jetzige deutsche Botschafter in Paris, Kläber, hat ebenfalls vor etwa vier Monaten die Bundesregierung über die Marschroute de Gaulles und seine Absichten mit der EWG unterrichtet.

Als Staatspräsident de Gaulle im Juli dieses Jahres mit mehreren

27. Oktober 1964

Ministern in Bonn war, ist über den gesamten Komplex gesprochen worden, wobei allerdings von französischer Seite nur ausweichende Antworten auf entsprechende Fragen der deutschen Konferenzteilnehmer gegeben wurden.

Warum schwieg Staatssekretär Carstens ?

Als Staatssekretär Carstens am Donnerstag vergangener Woche im Bundestag Anfragen sozialdemokratischer Abgeordneter bezüglich der Haltung Frankreichs zur EWG beantwortete, tat er dies im Wissen um die tatsächlichen Absichten der französischen Regierung, ohne allerdings diese dem Bundestag genauer zu präzisieren. Staatssekretär Carstens beschränkte sich in Beantwortung der an ihn gestellten Fragen auf das Detailproblem des europäischen Getreidepreises, obwohl ihm bekannt war, daß hinter dem Vorstoß de Gaulles in dieser Detailfrage viel mehr steckt.

Schluß mit unrichtigen Communiqués

Unter diesen Umständen muß an die Bundesregierung erneut die Frage gestellt werden, was sie zur Aufrechterhaltung eines guten deutsch-französischen Verhältnisses - das von allen Parteien befürwortet wird - unternommen hat, seitdem sie, unterrichtet durch ihre Botschafter in Paris, weiß, wie weit die Alternativ-Pläne de Gaulles zur EWG bereits gediehen sind.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Überlegung, warum die Bundesregierung in den vergangenen Monaten nach deutsch-französischen Expertenbesprechungen immer wieder erklärt hat, daß sich Paris und Bonn "in allen entscheidenden Fragen einig" seien. Diese immer wieder in den Communiqués aufgestellte Behauptung ist unrichtig, wie manches andere, was seit Abschluß des Elysée-Vertrages seitens der Bundesregierung der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt wurde.

Erhard muß endlich sagen, was Adenauer de Gaulle versprochen hat

Wir bedauern diese Entwicklung und die jetzt zutage tretenden Ungereimtheiten im deutsch-französischen Verhältnis ausserordentlich, sind jedoch der Meinung, daß vieles noch jetzt ausgeräumt werden könnte, wenn sich die Bundesregierung endlich entschliessen würde, der deutschen Öffentlichkeit mitzuteilen, welche Zusagen der frühere Bundeskanzler Dr. Adenauer den Staatspräsidenten de Gaulle gemacht hat, und was der jetzige Bundeskanzler Prof. Erhard von diesen Zusagen einzuhalten gedenkt.

Es bleibt dabei: Ein gutes deutsch-französisches Verhältnis ist die Grundlage einer guten europäischen Politik. Das gute deutsch-französische Verhältnis kann aber nur erhalten bleiben, wenn zwischen Bonn und Paris nicht mit den Methoden der Geheindiplomatie des 19. Jahrhunderts, sondern mit denen der unter Freunden üblichen Offenheit agiert wird.

Ein Pyrrhussieg in Straßburg

Europa-Parlament beugt sich dem EWG-Ministerrat
Von Egon Heinrich

Das Europäische Parlament in Straßburg hat sich selbst zu einem bloßen Befehlsempfänger des EWG-Ministerrats herabgewürdigt. Wie schon während der Septembersitzung, so gehorchten die christlich-demokratischen, gaullistischen und liberalen Abgeordneten auch in der letzten Woche den Wünschen des deutschen Staatssekretärs Lehr, der zur Zeit amtierender Präsident des EWG-Ministerrats in Brüssel ist. Nur die sozialistische Fraktion kämpfte für die Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit des Parlaments. Daß sie dabei majorisiert wurde, ist als ein Pyrrhussieg der Parlamentsmehrheit anzusehen.

Es ging wieder um die leidige Frage eines endgültigen Sitzes für das Europäische Parlament. Über dieses Problem ist man sich in Brüssel schon seit langen uneinig. Angesichts der für den 1. Januar 1965 geplanten Verschmelzung der drei Europabehörden: EWG-Kommission, Hohe Behörde und EURATOM-Kommission, ist die Sitzfrage besonders aktuell geworden. Mit der Fusion dieser Organe soll nämlich die Hohe Behörde von Luxemburg nach Brüssel verlegt werden. Das Großherzogtum will dem aber nur zustimmen, wenn es als Ausgleich das Europäische Parlament bekommt. Damit ist aber Paris wiederum nicht einverstanden. Die Plenarsitzungen des Europa-Parlaments finden schon seit 1958 im Europahaus in Straßburg statt; das Sekretariat des Parlaments ist in Luxemburg, während seine Ausschüßberatungen hauptsächlich in Brüssel stattfinden. In der Frage des Parlamentssitzes ist man sich unter den sechs EWG-Ländern also ungefähr genauso uneins, wie bei den Getreidepreisen, wenn auch mit anderen Frontstellungen. Ob unter diesen Umständen die Fusion der Exekutiven zum 1. Januar 1965 vollzogen werden kann, erscheint sehr zweifelhaft. Das nationale Heißt den Mitgliedstaaten auch hier näher zu sein als der gemeinschaftliche Hock.

Auf Drängen Lehrs

Man hätte nun eigentlich erwarten müssen, daß die Europa-Parlamentarier zunächst einmal selbst sagten, wo ihr Parlament seinen Sitz haben sollte. Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments - und vor allem ihre Vorsitzende, die SPD-Bundestagsabgeordnete Frau Käthe Strobel - plädierten zwar sowohl im September als auch im Oktober für eine eindeutige, sachliche Entscheidung des Parlaments in seiner ureigensten Frage. Doch den Regierungsvertretern in Brüssel wäre eine solche Stellungnahme angesichts ihrer Misere offenbar nicht angenehm gewesen. Der deutsche AA-Staatssekretär Lehr veranlaßte daher schon im September den Präsidenten des Europäischen Parlaments telefonisch, die Sitzfrage von der Tagesordnung zu streichen. In der letzten Woche wiederholte sich dieses traurige Spiel. Lehr war sogar persönlich in Straßburg, um zu intervenieren und eine Entscheidung über die Sitzfrage zu vereiteln.

Der Bericht des Politischen Parlamentsausschusses, der sich für einen einheitlichen Sitz von Parlament und Exekutive ausspricht und der im Ausschuß mit Mehrheit angenommen worden war, wurde wiederum von der Tagesordnung abgesetzt. Christliche Demokraten, Gaullisten und ein Teil der Liberalen überstimmten als treue Helfershelfer des

Ministerrats die Sozialistische Fraktion mit 57 gegen 33 Stimmen. Wieder einmal zeigte sich, daß nur die Sozialistische Fraktion im Ernstfall für die Interessen des Europäischen Parlaments zu kämpfen bereit ist. Auch die drei anderen Gruppen lassen zwar keine Gelegenheit aus, den Ministerrat zu kritisieren. Sie haben jedoch erneut bewiesen, daß sie in Wirklichkeit nur ein verlängerter Arm ihrer Regierungsparteien sind.

"Meisterleistung europäischer Einigungstaktik"

Ebenso widersprüchlich war die Haltung der Christdemokraten, Liberalen und Gaullisten bei der Einsetzung einer Parlamentskommission, die mit dem Ministerrat über den Parlamentssitz beraten soll. Sie stimmten zwar der Bildung einer Beratungskommission zu, der neben dem erweiterten Parlamentspräsidium auch der Vorstand des Politischen Ausschusses angehören soll. Sie weigerten sich jedoch, der Kommission ein konkretes Verhandlungsmandat zu geben. Ein entsprechender Antrag von Käthe Strobel wurde abgelehnt. Vor der Plenarsitzung im November soll die Kommission mit dem Ministerrat über den Sitz verhandeln. Sie dürfte dabei in einer wenig beneidenswerten Lage sein. Sie kann zwar verhandeln, aber keine einheitliche Meinung des Parlaments darlegen. In einer überregionalen westdeutschen Tageszeitung wurde dies so formuliert: "Die Kommission kann dem Ministerrat allenfalls erzählen, daß sie die Meinung des Parlaments in der Sitzfrage nicht kennt, weil der Ministerrat nicht wollte, daß das Parlament diese Meinung äußerte. Das ist wahrlich eine Meisterleistung europäischer Einigungstaktik."

Ein Erfolg der Sozialdemokraten

Einen politischen Höhepunkt in der Straßburger Plenarwoche brachte die Behandlung einer mündlichen Anfrage an die EWG-Kommission zur "Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften", die von Käthe Strobel im Namen der Sozialistischen Fraktion eingebracht und begründet wurde. Allein die Behandlung dieser Anfrage war schon ein Erfolg für die Sozialdemokraten. Denn im September wurde die Vorlage vor der Tagesordnung abgesetzt, da sich zwei Fragen mit dem leidigen Sitzproblem befaßten. Das Hauptanliegen der Anfrage war jedoch die Gefahr einer ständig weiteren Verkümmern der parlamentarischen Demokratie innerhalb der bestehenden Europäischen Gemeinschaften. Auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts-, Handels- und Außenwirtschaftspolitik gehen immer mehr Rechte von den sechs nationalen Parlamenten der EWG-Staaten auf den Ministerrat und die EWG-Kommission in Brüssel über, ohne daß das Europäische Parlament einen entsprechenden Zuwachs an Befugnissen erfährt.

In der Begründung ihrer Anfrage warnte Käthe Strobel daher eindringlich vor einer weiteren Entdemokratisierung der Europäischen Gemeinschaften. Mit der Fusion der Europabehörden nehme die Macht der Exekutiven sehr stark zu, die des Parlamentes jedoch nicht. Käthe Strobel forderte daher zunächst das Haushaltsrecht für das Europäische Parlament. Für die gemeinsame Exekutive verlangte sie im Namen ihrer Fraktion 14 Mitglieder und die Zuwahl eines Mitglieds, das in besonderem Maße das Vertrauen der Europäischen Gewerkschaften genießt. Dieser Forderung steht die EWG-Kommission zwar ablehnend, die Hohe Behörde der Kontraktion - und vor allem ihr Präsident Dino del Bo - jedoch sehr positiv gegenüber.

Mehrheitsentscheidungen gelten nicht für Paris ?

Die Antworten von EWG-Kommissionspräsident Prof. Hallstein konnten zwar nicht durchweg befriedigen. Sie waren zum Teil sehr formal. Immerhin bekannte sich die EWG-Kommission eindeutig dazu, daß das Europäische Parlament vor der Entscheidung über seinen Sitz vom Ministerrat konsultiert werden müsse. Außerdem erkannte Prof. Hallstein an, "daß die zweckmäßigste Lösung die sein würde, daß Parlament und Exekutive sich an demselben Ort befänden - mit dem Maßstab der Arbeitsbedingungen gemessen".

Der französische Außenminister Couve de Murville hat im April ds. Jrs. angedeutet, daß auch in Zukunft Entscheidungen von großer wirtschaftlicher und politischer Tragweite nicht ohne Zustimmung aller Mitglieder der EWG getroffen werden könnten. Diese Ansicht wurde seither mehrmals auch von anderen Sprechern der französischen Regierung wiederholt und in den anderen Mitgliedsländern von gewissen Gruppen aufgenommen. Mit anderen Worten: Die französische Regierung will sich offenbar den vertraglich vorgeschriebenen Mehrheitsentscheidungen im EWG-Ministerrat nicht beugen. In ihrer Anfrage wollte die Sozialistische Fraktion nun von der EWG-Kommission wissen, ob sie diese französische Haltung für vereinbar mit dem EWG-Vertrag hält. Prof. Hallstein antwortete darauf, daß die Nichtbeachtung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat zu einer ernststen Krise der EWG führen würde. Die Kommission werde gegen eine derartige Nichtachtung mit allen Mitteln einschreiten. An dem Tage, an dem die französische Regierung ihr neuestes EWG-Agrar-Ultimatum beschloß, war die Straßburger Debatte daher von höchster Aktualität.

+ + +

Vermögensbildung

sp - Die Sozialdemokraten haben der Deutschen Öffentlichkeit sehr detaillierte Vorschläge für eine gerechte Vermögensbildung unverbreitet. Wie Wirkung gleicht einem in stilles Gewässer geworfenen Stein, der Wellen auslöst. Die sozialdemokratischen Vorstellungen über eine bessere Vermögensverteilung und Eigentumbildung halten sich an wirtschaftliche Möglichkeiten und sind das Produkt einer Konzeption, der der Gedanke zugrundeliegt, "die Freiheit des einzelnen und die seiner Familie zu sichern und ihn gegenüber den Auswirkungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und staatlicher Macht unabhängig zu machen." Die Denkschrift evangelischer und katholischer Sozialwissenschaftler vom Januar 1964, die so viel Resonanz in der Öffentlichkeit fand, weil sie auf eine für den Bestand unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung gefährlichen Entwicklung hinwies, haben die Sozialdemokraten sehr ernst genommen. Sie begnügten sich nicht mit einer allgemeinen Zustimmung; ihre Experten machten sich an die Arbeit. - Die Unionsparteien, überrascht durch die Wirkung in der Öffentlichkeit, reagieren ziemlich sauer, der CDU-Bundestageabgeordnete Katzernannte, ohne ihn vorher genau studiert zu haben, den Plan einen "Ausdruck von Verwirrung". Daß das Deutsche Industrieinstitut in Köln von vornherein dagegen ist, versteht sich eigentlich von selbst. Die Gegner einer gerechteren Eigentumbildung stehen jedoch ziemlich auf verlorenem Posten. Die Entwicklung wird über sie hinweggehen. - Aber zunächst ist zu verzeichnen, daß die sozialdemokratischen Vorstellungen zum beherrschenden Thema der deutschen Innenpolitik geworden sind. An ihm kommen die Regierungsparteien nicht mehr vorbei.

+ + +

Auf den Rücken von Chruschtschow

Rotchinesische Aktivität in der Bundesrepublik

Von * * *

Nach den Feststellungen der deutschen Verfassungsschutzämter hat sich das in der Bundesrepublik verbreitete Propagandamaterial Rotchinas nach dem Sturz von Chruschtschow verstärkt. Die Richtung der auf mehreren Kanälen in die Bundesrepublik kommenden Propagandaflut ist zwiespältig: Einmal wird ein Druck auf die illegale KP ausgeübt - was sich mit dem Druck auf die ostzonale SED deckt - die von den Führern Petchinas schon immer vertretenen Thesen jetzt als richtig zu erkennen. Zum anderen wird argumentiert, die neuen Führer in Moskau würden besser mit der rotchinesischen KP-Führung harmonieren, und es werde bald zu einer Einigung auf der Grundlinie der Thesen Rotchinas kommen.

Das erste Anschwellen der Propagandaflut wurde vor etwa 18 Monaten nach der fehlgeschlagenen Moskauer Konferenz im Sommer 1963 festgestellt. Die Chinesen hämmerten besonders in Mitteleuropa mit Erklärungen und Dokumenten auf die Kommunisten ein. Immer mehr Broschüren wurden eingeschleust, wobei die deutschen Behörden sie passieren ließen, da sich ihr Tenor nicht gegen die Verfassung und den Bestand der Bundesrepublik richtete.

Zum 15. Jahrestag der Gründung der "DDR" kam jetzt zum ersten Mal auch die "Peking Revue" in deutscher Sprache als "Peking Rundschau" heraus. Hier wird offenbar in Vorausschau auf den Sturz von Chruschtschow eine erste Umschaltung in der Propaganda sichtbar. Die Rolle der Kommunisten in der Zone wird positiv dargestellt und die führenden Persönlichkeiten in der Bundesrepublik werden verunglimpft.

Die "Peking Rundschau" kann nunmehr über das Pekinger Postfach 399 direkt bezogen werden. Sie kommt ferner, wie auch die Zeitschriften und Broschüren illegal über die Zone in die Bundesrepublik. Die redaktionelle Überarbeitung erfolgt offenbar in Wien durch österreichische Kommunisten. Die Zentrale für die Propagandaoffensive Rotchinas aber scheint in der rotchinesischen Botschaft in Bern zu liegen. Es ist ferner anzunehmen, daß auch die Pekinger Botschaft in Kopenhagen in den anschwellenden Propaganda-Versand einbezogen worden ist.

Die rotchinesische Presse-Agentur "Hsin-hua" hat neben der Zentrale in Brüssel inzwischen Agenturen in Rom, Paris, London und Genf eingerichtet. Die Agentur gibt jetzt meist täglich auch einen Pressedienst für Europa heraus. Sie wird neuerdings in Bonn durch den Korrespondenten Li Yueh vertreten, der sich aber jeglicher illegaler Propaganda enthält.

Die Einwirkung der rotchinesischen Propaganda auf die illegale KP der Bundesrepublik hat nicht dazu geführt, daß diese KP in das ideologische Lager der Chinesen abgeschwenkt ist. Koch im Mai 1964 hatte das Zentralkomitee der KPD in Ostberlin die "Spaltertätigkeit der chinesischen Führer" verurteilt. Seit dem Sturz von Chruschtschow haben die gegenseitigen Vorwürfe nachgelassen. Man tendiert ganz offenbar dahin, sich anzunähern und dabei Chruschtschow als den Mann zu bezeichnen, der diese Annäherung bisher verhindert hat. Überhaupt scheint sich eine Einigung der rotchinesischen mit den Moskauer Fraktionen in den kommunistischen Parteien Westeuropas auf dem Rücken von Chruschtschow anzubahnen.